

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Peter Eckardt, Klaus Barthel (Starnberg), Hans-Werner Bertl, Willi Brase, Ursula Burchardt, Lothar Fischer (Homburg), Klaus Hagemann, Ulrich Kasparick, Siegrun Klemmer, Ernst Küchler, Lothar Mark, Dietmar Nietan, Dr. Edelbert Richter, René Röspel, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Dr. Margrit Spielmann, Jörg Tauss, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Grietje Bettin, Hans-Josef Fell, Rita Grießhaber, Irmingard Schewe-Gerigk, Christian Simmert, Dr. Antje Vollmer, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die internationale Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland für ausländische Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zur Bedeutung der Internationalität von Bildung und Wissenschaft

Die Globalisierung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Entwicklung und die internationale Vernetzung von Wissenschaft und Forschung stellen für nationale Bildungs- und Forschungssysteme eine wachsende Herausforderung dar. Wissen, Kreativität und Innovation sind in der Gesellschaft entscheidende Faktoren bei der Bewältigung von Zukunftsproblemen und im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb. Die Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung wird durch die Globalisierung, verstärkte europäische Integrationsprozesse und eine allgemeine Transformation der hochentwickelten Industriestaaten zu Wissens- und Informationsgesellschaften zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges.

Die bestehenden Netzwerke in Wissenschaft und Forschung müssen auf neue Anforderungen reagieren. Die Gewährleistung einer offenen und globalen wissenschaftlichen Kommunikation und die Förderung der internationalen akademischen Zusammenarbeit ist wichtig. Dies gilt auch, weil sich Bildung und Forschung zu europa- und weltweit gehandelten Dienstleistungsprodukten entwickeln, deren direkter wirtschaftlicher Charakter rasant an Bedeutung gewinnt. Zu dem weltweiten Wettbewerb um Rohstoffe, Produktionsstandorte und Absatzmärkte tritt ein globaler Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte an den Universitäten, in der Wissenschaft und Forschung und in den neuen Dienstleistungsbereichen hinzu, der weder kulturelle noch nationale oder

kontinentale Grenzen kennt. In diesem Wettbewerb ist gleichzeitig sicherzustellen, dass die Chancen zur erfolgreichen gesellschaftlichen Entwicklung und ökonomischen Teilhabe aller Nationen über ausreichende eigene qualifizierte Kräfte in Wissenschaft und Forschung gewahrt bleiben oder gezielt gefördert werden.

Um diesen Zukunftsaufgaben gerecht zu werden, ist es notwendig, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung auch in Deutschland internationaler werden. Dazu brauchen wir Studierende und Forscherinnen und Forscher aus der ganzen Welt. Der Ausbau der internationalen Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland ist unabdingbar für die künftige wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt und die Gestaltungsmöglichkeiten und Einwirkungschancen bei der Bewältigung der globalen Aufgaben der Sicherung von Prosperität, Emanzipation, Chancengleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit. Indem ein qualitativ hochwertiges und weltoffenes Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystem verstärkt zu einem Markenzeichen Deutschlands in der Welt werden, wird Deutschland sowohl als Studienort für Studierende aus anderen hochentwickelten Industrieländern und Dienstleistungsgesellschaften als auch aus den Schwellen- und Transformationsländern attraktiv. So schaffen wir Chancen für eine Eigenentwicklung in diesen Ländern und sichern den Aufbau und die Intensivierung der Kooperation von Deutschland mit diesen Staaten auch im eigenen Interesse ab.

Zur aktuellen Konkurrenz um die internationale Attraktivität als Wissenschafts- und Forschungsstandort

Die Debatte um den IT-Fachkräftemangel hat in jüngster Zeit beispielhaft deutlich gemacht, dass die bestehenden Barrieren hinsichtlich wissenschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und für die Beschäftigung internationaler Experten in der Wirtschaft abgebaut werden müssen. Deutschland braucht mehr Weltoffenheit auf dem Arbeitsmarkt. Die USA als stärkster Wettbewerber auf dem Bildungs- und Forschungsmarkt geben vielen ausländischen Absolventen ihrer Hochschulen die Möglichkeit, nach dem Examen im Lande zu arbeiten und eine lebenslange Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erwerben. Die hohen Bildungsinvestitionen werden für das Land damit wirtschaftlich genutzt.

Eine der wichtigsten Aufgaben bei der Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland wird in den kommenden Jahren darin liegen, seinen Anteil am internationalen Bildungs- und Forschungsmarkt zu sichern und auszubauen. In den vergangenen Jahren hat sich ein globaler Bildungsmarkt mit ca. 1,5 Millionen mobilen Studierenden entwickelt, bei dem die Schwellen- und Entwicklungsländer hauptsächlich Nutzer, die hochentwickelten Industriestaaten Anbieter und Nutzer von Studien- und Qualifizierungsleistungen sind. Die hier nachgefragten Dienstleistungen bilden einen wissenschaftlich-ökonomischen und vor allem politisch bedeutenden Bildungsmarkt, der in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Entwicklungspotentiale verspricht. Es geht um die gewinnträchtige Teilnahme am Bildungsmarkt und darum, dass junge Menschen Deutschland als ein Land erfahren, in dem sie arbeiten und forschen können und mit dem es eine fruchtbare Zusammenarbeit gibt, die auch zum ökonomischen und kulturellen Nutzen ihres Herkunftslandes ist.

Seit Jahren entscheiden sich die meisten jungen Leute, die im Ausland studieren wollen, für die USA oder Großbritannien. Auch Frankreich, Australien oder Neuseeland umwerben mit speziellen Studien- und Forschungsangeboten qualifizierte Studierende und Wissenschaftler in allen Regionen der Welt und betreiben eine offensive Informationspolitik, die durch Werbekampagnen in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen auf jeweilige Studien- und Forschungsmöglichkeiten hinweist.

Zu den Gründen der unbefriedigenden Attraktivität in der Vergangenheit

Als Gründe dafür, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb um Nachwuchskräfte nur unbefriedigende Erfolge erzielt, sind vorrangig folgende Punkte zu nennen:

- Es ist in der Vergangenheit nur unzureichend gelungen, die bestehenden Standortvorteile Deutschlands (z. B. sehr gute Infrastruktur, zukunftssträchtige Arbeitsplätze, Studiengebührenfreiheit, hohe Lebensqualität, kulturelle Vielfalt) erfolgreich im Ausland darzustellen und für die Attraktivität unserer Bildungs- und Forschungslandschaft zu werben. Auf internationalen Bildungsmessen und Forschungspräsentationen, in der Repräsentanz im Inland und auch im Internet hat Deutschland in der Vergangenheit kein einheitliches Bild geboten.

Als problematisch haben sich zudem die derzeitige schwache Stellung und die zu geringen Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen erwiesen. Dies gilt besonders für ausländische Studierende, die derzeit vor einem Arbeitsvertragsabschluss einer strikten und zeitraubenden Vorrangprüfung unterliegen. Sie stellen ein deutliches Hindernis dar, die internationale Attraktivität Deutschlands als Arbeits- und Lebensumfeld insbesondere für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu erhöhen und erfolgreich darzustellen.

- Ausländerrecht und Verwaltungspraxis sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass bildungs- und wissenschaftspolitische Ziele der Internationalisierung realisiert werden können. Solange ausländische Studierende nach dem Studium keine Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten, ist eine Integration in das deutsche System für sie nicht lohnend. Die Arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen müssen auch nach dem Inkrafttreten der neuen Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz in vielen konkreten Fällen weiter verbessert werden.
- Mit der Einführung und zunehmenden Verbreitung eines internationalen Studien- und Abschlusssystem (Bachelor, Master) wird erst seit wenigen Jahren eine bessere Kompatibilität mit Bildungsinstitutionen und Studienphasen in anderen Ländern erreicht.
- Positive Auswirkungen auf die Nachfrage von Ausländerinnen und Ausländern nach deutschen Bildungsangeboten sind nur dann zu erwarten, wenn Sprachbarrieren abgebaut werden. Hier ist in Deutschland erst relativ spät damit begonnen worden, eine Verbesserung des Sprachangebotes im Ausland und kompakte Deutschkurse im Inland gezielt auszubauen und Studienangebote auch in englischer Sprache anzubieten.
- IT-gestützte Online-Studien- und Bildungsangebote haben in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Sie entwickeln sich zu einem eigenständigen Marktsegment und können auch ein Einstieg in die vielfältigen Angebote deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen für ausländische Studierende sein. Noch stehen zu wenige virtuelle Qualifizierungsvarianten zur Verfügung.
- Die bisher nur wenig strukturierte Promotion und das Fehlen von regulären Promotionsstudiengängen sind nicht dazu geeignet, internationale Promovendinnen und Promovenden für den Wissenschaftsstandort Deutschland zu begeistern. Eine positive Entwicklung ist hier nur zu erwarten, wenn verstärkt „Graduate Schools“ und Promotionsstudiengänge eingeführt werden.
- Der Erfolg um den mobilen wissenschaftlichen Nachwuchs im zunehmenden internationalen Wettbewerb, qualifizierte Fachkräfte und auch um ausländische Studierende hängt nicht zuletzt von der Wahrnehmung Deutsch-

lands im Ausland ab. Die Attraktivität Deutschlands als Bildungs- und Forschungsstandort, als Lebens- und Berufsort, leidet erheblich unter den aktuellen Übergriffen auf Ausländer und sozial benachteiligte Gruppen. In Anbetracht der historischen Verantwortung Deutschlands werden gewalt-same rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder diskriminierende Übergriffe im Ausland zurecht besonders kritisch registriert.

Zu den bisherigen Maßnahmen für eine Erhöhung der Attraktivität für ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag ist es seit 1999 gelungen, auf nationaler Ebene strukturelle Defizite abzubauen, Grundlagen für eine Dynamisierung der Innovationspotenziale zu schaffen, die internationale Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland zu erhöhen und damit auch Schritte zu einer erhöhten Attraktivität für ausländische Studierende einzuleiten.

- Mit ihrer zukunftsgerichteten Bildungs- und Forschungspolitik hat die Bundesregierung dem Reformstau der 90er Jahre entgegengewirkt und auch im internationalen Rahmen zu einem neuen Verständnis von Modernisierung und gleichzeitiger sozialer Gerechtigkeit beigetragen. Darüber hinaus wurde eine öffentliche Debatte initiiert, die das Bewusstsein für den Stellenwert von Bildung und Forschung für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unseres Landes nachhaltig gestärkt und auch das Verständnis und die Zustimmung zu einer stärkeren Internationalisierung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland gefördert hat.
- Die Öffnung der gesellschaftlichen Debatte für Fragen der Zuwanderung, der gezielten Werbung und Integration ausländischer Fachkräfte, wie der Internationalisierung in der Wissensgesellschaft der Zukunft, ist in Gang gebracht worden. Beispielhaft ist die Green-Card-Regelung, mit der die Bundesregierung auf den akuten Fachkräftemangel im IT-Bereich reagiert hat, um vorübergehend die noch bestehenden nationalen Engpässe zu überbrücken.
- Beginnend mit dem Haushalt 1999 wurden entgegen dem Trend der 90er Jahre zusätzliche Investitionen für Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen und die vom Bund finanzierten Forschungsprogramme bereitgestellt. Mit der vorgenommen Weichenstellung konnte die Ausstattung der Hochschulen verbessert werden. Den Wissenschaftsgemeinschaften und auch den Großforschungseinrichtungen wurden zusätzliche Mittel und neue Entfaltungsmöglichkeiten gegeben.
- Zusätzliche Fördermittel sind insbesondere auf die Förderung von qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler ausgelegt worden. Die Begabtenförderungswerke wurden für Studierende aus ganz Europa geöffnet. Durch die Ausweitung und Internationalisierung der Graduiertenkolleges, das Programm „Promotion an Hochschulen in Deutschland“ (PhD), das Emmy-Noether-Programm sowie durch die Verstärkung der Mittel für die Humboldt-Stipendiaten, mit denen besonders qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland gewonnen werden, hat es einen deutlichen Zuwachs an Internationalität von Forschung und Wissenschaft gegeben. Durch die Einführung der Juniorprofessur und deren Förderung werden Voraussetzungen und Möglichkeiten geschaffen, in der Vergangenheit abgewanderte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wieder oder erstmals für eine Tätigkeit in Deutschland zu interessieren.
- Mit einem auf drei Jahre angelegten und hoch dotierten Förderungsprogramm im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes „Zukunftsinitiative

Hochschule“ (ZIH) sollen jetzt gezielt exzellente Spitzenkräfte, und zwar hochqualifizierte ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie auch vielversprechende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus aller Welt, nach Deutschland geholt werden.

- Ein zentrales Thema des ZIH-Programmes ist der Bereich „Virtuelles Studium und virtuelle Hochschulprojekte“, wodurch die Qualität der Hochschulausbildung nachhaltig verbessert und die Attraktivität für ausländische Studierende erhöht werden soll. Fragen der Weiterentwicklung der Qualitätssicherung im Hochschulbereich auf europäischer Ebene werden insbesondere durch die Mitarbeit von Bund und Ländern im European Network for Quality Assurance in Higher Education (ENQA) vorangetrieben.
- Im Hochschulrahmengesetz sind Maßnahmen vorgesehen, die einen besseren Wettbewerb mit ausländischen Bildungssystemen ermöglichen und zur Strukturierung und Verkürzung des Studiums beitragen sollen. Es sind dies:
 - die Möglichkeit, die international bekannten Hochschulgrade „Bachelor“ und „Master“ zu verleihen,
 - die Einführung eines Leistungspunktsystems („credit point system“) zur Akkumulation und zum Transfer von Studien- und Prüfungsleistungen,
 - die Neufestlegung der Regelstudienzeiten und die Einführung von Zwischenprüfungen in allen Studiengängen mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren sowie
 - die Verstärkung der Studienberatungspflicht der Hochschulen.
- Die Regelungen des neuen BAföG zum Auslandsstudium stellen sicher, dass deutsche Studierende im EU-Ausland ohne wesentliche zeitliche Begrenzung studieren und internationale Erfahrungen sammeln können. Auch die EU-Programme zum europäischen Austausch von Studierenden sind ebenso wie die Austauschprogramme für junge Berufstätige und junge Menschen in einer Berufsausbildung ausgeweitet worden (Leonardo, Sokrates).
- Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierten und finanzierten Modellprogramms „International ausgerichtete Studiengänge“ werden zurzeit an deutschen Hochschulen über 40 international ausgerichtete Modellstudiengänge erprobt, die überwiegend je zur Hälfte von in- bzw. ausländischen Studierenden belegt werden. Es sind Bachelor- und Masterstudiengänge in allen Fachrichtungen, die sich durch effiziente fachliche Qualifizierung, Mehrsprachigkeit, Auslandspraxis sowie besondere Betreuung insbesondere der ausländischen Studierenden auszeichnen. Diese Studiengänge beginnen zumindest in den ersten Semestern in englischer Sprache. Das Programm, dessen Durchführung der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) in Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) absichert, ist zunächst bis zum Jahre 2003 ausgelegt. Ein ähnlich ausgerichtetes, bis 2002 laufendes, DAAD Programm „Master +“ aus Mitteln des Auswärtigen Amtes fördert zurzeit über 20 weitere Studiengänge.
- Mit der Ausschreibung des Programmes der Bundesregierung „Neue Medien in der Bildung“ erhöht sich die Attraktivität der deutschen Hochschulen auch für ausländische Studierende. Viele der dazu eingereichten Projekte sind strukturell z. B. durch Mehrsprachigkeit, Bachelor/Master-Strukturen, Anwendung von Credit-Point-Systemen so angelegt, dass sie auch ausländische Studierende ansprechen. Bis Mitte des Jahres 2001 werden mehr als 100 länderübergreifende Hochschulkooperationen in diesem Rahmen ihre Projekte beginnen.

- Von der Bundesregierung wurde durch die Übernahme der Federführung einer Konzierten Aktion für ein „Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschlands“ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung ([BLK]-Beschluss vom 30. Oktober 2000) begonnen, alle Beteiligten zu einem gemeinsamen Handeln zu bewegen. Beim DAAD wurde ein internationales Hochschulmarketing-Konsortium „GATE-Germany“ gegründet. Gemeinsam mit der HRK sollen die beigetretenen Hochschulen systematisch und professionell mit Hilfe von GATE für den Hochschulstandort Deutschland werben.
- Zum Abbau von Sprachbarrieren haben Bundesregierung, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), DAAD, HRK und weitere Institutionen einen zentralen standardisierten Test für Deutsch als Fremdsprache (TESTDAF) nach dem Muster des englischen Test of English as a Foreign Language (TOEFL) entwickelt. In Hagen wurde hierzu das TestDaF-Institut gegründet. Damit soll Ausländerinnen und Ausländern in zwei Jahren die Möglichkeit eröffnet werden, bereits in ihrem Heimatland den für den Hochschulzugang in Deutschland erforderlichen Sprachtest abzulegen und den deutschen Hochschulen eine differenzierte Einstufung der Studierenden bei der Hochschulzulassung ermöglicht werden. Im In- und Ausland sind etwa 80 Teststellen vorgesehen.
- Zentraler – und bisher nicht genügend berücksichtigter – Faktor für die Entscheidung ein Studium in Deutschland aufzunehmen sowie für ein erfolgreiches Studium von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland ist die soziale und fachliche Betreuung während ihres Studienaufenthaltes. Das Deutsche Studentenwerk bietet ausländischen Studierenden hierzu als erste Hilfestellung bei und nach der Einreise an zahlreichen Hochschulen ein Servicepaket an, das zu einem attraktiven Gesamtpreis Wohnung, Verpflegung, Semesterbeitrag und Betreuung umfasst. Auch das Auswärtige Amt hat über den DAAD ein verstärktes Betreuungsprogramm aufgelegt. Zur fachlichen Betreuung der ausländischen Studierenden, die in der Regel mit der deutschen Studienorganisation und -gestaltung wenig vertraut sind, werden an verschiedenen Hochschulen in den einzelnen Fachbereichen gemeinsam mit den Akademischen Auslandsämtern der Hochschule vor allem zu Semesterbeginn Orientierungsveranstaltungen und Studienfachberatungen durchgeführt. Der studienbegleitende Einsatz von Fachtutoren für ausländische Studierende – insbesondere für Studierende aus Entwicklungsländern – wird zum Teil durch Tutorenprogramme gefördert. In Zukunft werden darüber hinaus Modelle intensiviert, bei denen Hochschulen an jedem Fachbereich einen besonderen Vertrauensdozenten für die ausländischen Studierenden benennen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Zu den Leitzielen und zusätzlichen konkreten Maßnahmen für die Zukunft

Die Bundesregierung soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusammen mit den Ländern, den Hochschulen, Mittlerorganisationen und der Wirtschaft an der Verwirklichung der folgenden Ziele und Maßnahmen mitwirken und die vorhandenen Aktivitäten verstärken:

Die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen müssen nachhaltig in die Lage versetzt werden, attraktive Studien- und Arbeitsbedingungen für ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in unserem Land anzubieten. Der Anteil der Studierenden, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen, sollte in den nächsten fünf Jahren um 50 Prozent von jetzt 105 000 auf 150 bis 160 000 gesteigert werden. Dazu sind von den Ländern, Kommunen, Hochschulen und Studentenwerken die personellen und

sachlichen Voraussetzungen zu schaffen und das soziale und kulturelle Umfeld entsprechend zu gestalten.

Der Anteil der zeitweilig im Ausland studierenden und wissenschaftlich arbeitenden Deutschen sollte, auch unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen Werbung für den Standort Deutschland im Ausland, bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf 20 Prozent verdoppelt werden, indem deutsche Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch zusätzliche Anreize zu einer Ausbildung, Weiterqualifizierung oder wissenschaftlichen Tätigkeit im Ausland motiviert werden.

Der Deutsche Bundestag hält im Einzelnen die Einführung bzw. den Ausbau folgender Maßnahmen für vorrangig:

Hochschulreform und Internationalität

- Erhalt der Gebührenfreiheit für das Erststudium
- Flexibilität der Besoldungsstruktur
- Einführung der Juniorprofessuren
- Ausbau der Bachelor- und Master-Studiengänge
- Verstärkung der fremdsprachigen Studiengänge
- Modernisierung der Hochschulbibliotheken und Aufbau digitaler Bibliotheken
- Verstärkung der internationalen Hochschulkooperation bei Studienabschlüssen
- Gründung von Außenstellen und Auslandsstudiengängen deutscher Hochschulen im Ausland speziell in den Schwellen- und Transformationsländern
- Ausstellung von Zeugnissen auch in englischer Sprache
- IT-gestützte Online-Studiengänge für ausländische Studierende im Rahmen einer virtuellen Hochschule Deutschland
- Erhöhung der Attraktivität virtueller Studiengänge deutscher Hochschulen durch Mehrsprachigkeit und geeignete Strukturen für Studierende aus dem In- und Ausland

Förderprogramme, Stipendien und Arbeitsmöglichkeiten

- Ausbau der Stipendien für ausländische Studierende
- Gemeinsame Initiative von Industrie und Wirtschaft für ein Patenschaftsprogramm
- Fächerübergreifende Netze von „Graduate Schools“ mit Öffnung für qualifizierte ausländische Studierende
- Aufbau von Weiterbildungsangeboten für ausländische Studierende
- Ausbau von Sommerakademie-Programmen
- Ausbau der Gastprofessoren-Programme und Gastlehrstühle für ausländische Hochschullehrer und Wissenschaftler
- Förderung einer Dachorganisation für ehemalige ausländische Studierende und Wissenschaftler; Aufbau von Alumni-Beziehungen
- Erleichterung des Zugangs zu beruflicher Tätigkeit und studienbegleitender Arbeit
- Einführung einer Arbeitserlaubnis für erfolgreiche ausländische Studienabsolventen

Soziale Maßnahmen

- Verstärkung der Studienberatung und Studienbegleitung für ausländische Studierende
- Einrichtung von Kontakt- und Servicebüros
- Ausbau der kulturellen Aktivitäten an den Hochschulstandorten
- Ausbau und Förderung der erforderlichen Wohnheimkapazitäten als kostengünstige und integrationsfördernde Wohnform für ausländische Studierende
- Ausbau und Förderung von Tutorinnenprogrammen u. a. in den Wohnanlagen der Studentenwerke
- Ausbau von Gästehäusern für Gastdozenten und ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Hochschulmarketing und Werbung für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Deutschland

- Ausbau eines weltweiten Studienberatungssystems und Verstärkung des Beratungsservices im Ausland
- Stärkere Präsenz im Ausland auf Messen und Informationsveranstaltungen
- Profilierung in der Darstellung der besonderen Stärken des deutschen Hochschulsystems und Studienangebotes
- Professionelle Vermittlung von Servicepaketen der Studentenwerke an Studieninteressierte im Ausland
- Verstärkung der internationalen Kooperation von Einrichtungen der Studienberatung
- Nutzung der modernen Medien und Aufbau eines zentralen Internet-Angebotes
- Verbesserung der Internet-Präsentation der deutschen Hochschulen
- Durchführung einer offensiven Marketing-Strategie u. a. in den Schwellen- und Transformationsländern sowie in den westlichen Staaten
- Erhaltung und Förderung von Deutsch als Wissenschaftssprache
- Entwicklung eines Berichtssystems über den internationalen Austausch von Studierenden und Nachwuchsforschern

Berlin, den 31. Mai 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion